

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1760

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1760](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1760)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

### **GEMEINSAMER KAMPF FÜR EIN SOZIALES EUROPA**

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) engagiert sich zusammen mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung seit langem für ein soziales Europa, ein Europa, welches nicht die wirtschaftlichen Freiheiten über alles stellt. In der Europäischen Union gibt es seit der Gründung einen Widerstreit zwischen Marktfreiheiten und sozialen Rechten. Im Vertrag von 1957 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Vertrag von Rom) verpflichteten sich die Gründungsmitglieder, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und einen angemessenen sozialen Schutz einzurichten. In den 1980er und 1990er Jahren waren die EU-Rechtssetzung und Rechtsprechung in vielen Belangen sozial ausgerichtet. In diesem Jahrhundert nahmen die neoliberalen Kräfte überhand. Der Europäische Gerichtshof EuGH und die EU-Kommission stellten die Interessen der Unternehmen über diejenigen der Arbeitnehmenden. EU-Recht und -Rechtsprechung wurden benutzt, um Arbeitsbedingungen zu verschlechtern statt zu verbessern. Dies äusserte sich besonders in antigewerkschaftlichen bzw. gegen den staatlichen Lohnschutz gerichteten Urteilen des EuGHs. Sie öffneten den Weg für Lohndumping und erschwerten Hochlohn-Ländern, effiziente Schutzmassnahmen einzuführen. Auch in anderen Bereichen wich der soziale Fortschritt dem Rückschritt.

Demgegenüber forderte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) neue soziale Rechte und die Verankerung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. In jüngster Zeit mit gewissem Erfolg: So sieht die „Europäische Säule sozialer Rechte“ Verbesserungen beim Elternurlaub, den Sozialversicherungen und bei den Mindestanforderungen zum Arbeitsvertrag vor. Ein Fortschritt ist auch die Revision der Entsenderichtlinie, welche das Prinzip des „gleichen Lohnes für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ im Grundsatz übernimmt.

Dennoch hinkt das heutige EU-Recht noch stark hinterher. So hat der EuGH seine arbeitnehmerfeindliche Rechtsprechung gerade wieder bestätigt: Vor zwei Wochen erklärte er die österreichische Kautionsanforderung für Entsendungen als ungültig. Einmal mehr stellt der EuGH die Dienstleistungsfreiheit über den Lohnschutz. Um dieses Problem grundsätzlich aufzuheben, verlangt der EGB seit Jahren ein soziales Zusatzprotokoll zu den europäischen Verträgen, der „Verfassung“ der EU.

Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum die europäischen Gewerkschaften uns dazu auffordern, in Sachen Schweizer FlaM hart zu bleiben - zum Wohl aller Arbeitnehmenden in Europa. Denn wenn die Schweiz den Lohnschutz abbauen muss, wird dies in anderen Ländern ebenfalls für die Schwächung des Lohnschutzes genutzt.

Aus diesen Gründen setzt sich der SGB mit seinen Schwestergewerkschaften, dem EGB sowie den progressiven Kräften in Europa für ein soziales Europa ein:

- Ziel ist eine Revision des EU-Rechts. Die Sozialrechte dürfen nicht mehr den Wirtschaftsrechten untergeordnet sein.
- Im Hinblick auf die Europa-Parlaments-Wahlen im Frühling 2019 setzen sich der SGB und seine Verbände für eine Sensibilisierung der Mitglieder mit EU-Pass ein, damit progressive und arbeitnehmerfreundliche Kreise gut abschneiden.
- Der SGB setzt sich dafür ein, dass neue soziale Errungenschaften der EU (Säule der sozialen Rechte) in der Schweiz übernommen werden.
- Zusammen mit den europäischen Schwesterorganisationen setzt sich der SGB für den Erhalt und Ausbau der Lohnschutzmassnahmen in allen europäischen Ländern ein.